

VIOLENCE, DISREGARD OF THE LAW, KILLINGS - IS OUR PEACE UNDER THREAT?

VERANSTALTUNGSBEITRAG ZUM 11. MAENDELEO DIALOG

Ende Oktober 2012 rief der tansanische Premierminister Mizengo Pinda in einer Rede im Parlament die tansanische Bevölkerung auf allen Ebenen dazu auf, sich aktiv an Diskussionen über die Situation bezüglich Frieden und Stabilität im Land zu beteiligen. Anlass waren eine ganze Reihe von Ereignissen im Laufe des vergangenen Jahres, die für ein allgemeines Gefühl des Unbehagens im Land sorgten: Ein Arzt und leitender Vertreter der Ärztekammer wurde aus mutmaßlich politischen Motiven entführt und entkam dem Anschlag auf sein Leben nur knapp; ein Journalist wurde vor den Augen der Öffentlichkeit von der Polizei niedergeschossen als er während einer internen Veranstaltung der Oppositionspartei CHADEMA einem niedergeknüppelten Kollegen zur Hilfe kam; ein Polizei-Oberhaupt mit überdurchschnittlicher Aufklärungsquote wurde von bisher unbekanntem Tätern ermordet. Zusätzlich provozierten die muslimische Bewegung Uamsho in Sansibar und das Verschwinden einer ihrer Anführer und die Verhaftung eines weiteren religiöse Ausschreitungen in Folge deren sowohl auf der Sansibar-Insel Ugunja als auch in Dar es Salaam sowie weiteren Städten Tansanias Kirchen angezündet wurden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Tanzania und ihr Partner Tanzania Development Initiative Programme (TADIP) nahmen die Ereignisse ihrerseits zum Anlass, um am 22. November im Rahmen eines „Maendeleo Dialogs“ die Frage zu diskutieren: „Violence, Disregard of the Law, Killings - Is Our Peace under Threat?“. Zum bereits elften Mal be-

währte sich das Konzept dieser regelmäßig stattfindenden Großveranstaltung, die so gut besucht war wie noch niemals zuvor: Über 300 Vertreter aus Zivilgesellschaft, religiösen Institutionen, politischen Parteien, Bildungseinrichtungen, Medien, Regierung und ihren Institutionen, sowie Repräsentanten diplomatischer Vertretungen und Entwicklungs-Kooperativen folgten der Einladung ins Serena Hotel. Auch das Panel war mit Vertretern aus dem Innenministerium und verschiedener tansanischer Hochschulen, dem Legal and Human Rights Centre und dem Women's Legal Aid Centre sowie tansanischen Intellektuellen gut besetzt. So konnte sowohl von Seiten der Experten als auch seitens des Publikums ein interaktiver Meinungs austausch zu möglichen Gründen für die Anwendung von Gewalt im Umgang mit Konfliktsituationen und sozialen Spannungen stattfinden.



Etwa dreihundert Gäste waren der Einladung von KAS und TADIP gefolgt

Einführende Worte

Die Veranstaltung wurde von Costatine Shirati, TADIPs geschäftsführendem Direktor

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Dezember 2012

www.kas.de/tansania

eröffnet. Er wies in seinen einführenden Worten darauf hin, dass es vor allem aufgrund von Misskonzeptionen, Missverständnissen oder schierer Ignoranz immer wieder zum Verlust von Leben und Besitztümern käme. Daher sei es höchste Zeit, sich intensiver mit dem Thema Gewalt im Alltag auseinanderzusetzen. Er gab eine Definition von Gewalt im Sinne der WHO, wonach es sich dabei um jegliche Form von vorsätzlicher Anwendung von körperlicher Nötigung handele. Dies gelte für angedrohte oder tatsächlich ausgeführte Aktionen. Es gebe dabei sowohl physische als auch psychologische Dimensionen von Gewalt und die Folgen von Gewaltanwendung hätten oft lebenslange Auswirkungen auf die körperliche und geistige Gesundheit sowie auf soziale Fähigkeiten der Opfer. Als Konsequenz könne sich daher Gewalt im weiteren Sinne negativ auf Demokratie, Frieden, Stabilität und sogar die sozioökonomische Entwicklung eines Landes auswirken. Es sei an der Zeit, im Dialog zu diskutieren, wie Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften sowohl von Seiten der Bürger als auch von Seiten der Staatsorgane, allen voran der Polizei, verhindert werden könnten. Abschließend wies Shirati darauf hin, dass Tansania historisch den Ruf eines sicheren, stabilen und friedlichen Landes habe und stellte die Frage in den Raum: Wie stimmt dieses Bild (noch) mit den erwähnten Entwicklungen überein?

Stefan Reith, Leiter des KAS Auslandsbüros Tansania, begrüßte als nächster die Teilnehmer. Er betonte ganz besonders die Bedeutung von Frieden. Dieser sei essentiell für die sozioökonomische Entwicklung eines Landes, denn ohne Frieden, so Reith, sei alles andere wertlos. Er erinnerte daran, dass Tansania trotz einiger negativer Entwicklungen heute noch stabil und friedlich sei. Dies würde umso deutlicher, wenn man die Situation in vielen der angrenzenden Länder, z.B. im Kongo, betrachte. Alle Beteiligten müssten daher mit einbezogen werden, wenn es darum ginge, den Frieden aufrechtzuerhalten. Anzeichen, die auf einen Verfall der Stabilität hinwiesen, müssten rechtzeitig erkannt und die entsprechenden Mittel ergriffen werden. Genau aus diesem Grund, so schloss Reith seine Einführung, seien alle schließlich heute zu die-

sem Maendeleo Dialog zusammen gekommen.

Rückbesinnung auf nationale Werte

Als Ehrengast hatte sich der stellvertretende Innenminister Tansanias, Pereira Ame Silima, bereit erklärt, die Veranstaltung mit einer Grundsatz-Rede offiziell zu eröffnen. Auch er betonte, dass Tansania trotz der aktuellen Herausforderungen ein sehr stabiles Land sei. Schon den Gründervätern der Nation sei klar gewesen, dass Loyalität und ein Eintreten für Demokratie einerseits von den Führern des Landes, andererseits aber ebenso von der Wachsamkeit und dem Anstand der Bürger abhinge. Er rief daher zu einer Rückbesinnung auf nationale Werte und mehr Miteinander auf, da Egoismus zu Gewalt und Gesetzlosigkeit führe.



Stellvertretender Innenminister Silima während seiner Grundsatzrede

Auch wenn das Volk durch die Wahl von Repräsentanten seine Geschicke an diese abgebe, habe es dennoch das Recht, jederzeit informiert zu werden und gegebenenfalls Veränderungen einzufordern. Misskommunikation oder mangelnde Information von Seiten der Anführer und ihrer Organe, könne daher den Frieden gefährden. In diesem Zusammenhang wies Silima auch auf die Rolle der Medien hin. Diese sollten den Fokus wieder mehr auf national relevante Themen legen statt Sensationalismus zu betreiben. Nur gut informierte Bürger, so der Minister, könnten auch gute Entscheidungen treffen. Die Bevölkerung solle ihr Recht nutzen sich in Organisationen zusammenzuschließen, sei es auf Basis zivilgesellschaftlicher, religiöser oder politischer Motivation. Innerhalb dieser Organisationen könnten Bürger demokratische Werte lernen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Dezember 2012

www.kas.de/tansania

und verinnerlichen und so könnten potentielle Konflikte vermieden und Frieden und Stabilität gesichert werden.

Situation der Menschenrechte

Nach den Eröffnungsreden wurde der erste Vortragende an das Rednerpult gebeten. Pasience Mlowe vom Legal and Human Rights Centre (LHRC) hatte den Auftrag, die Anwesenden über die aktuelle Menschenrechtssituation in Tansania aufzuklären.



Pasience Mlowe vom Legal and Human Rights Centre

In seinem sehr informativen Vortrag stellte er zunächst allgemeine Tendenzen bezüglich der Verletzung von Menschenrechten vor. Demnach liege der Schwerpunkt auf Todesfällen in Folge von Gewaltanwendungen durch Staatsorgane wie Militär oder Polizei und durch Individuen und Mob-Gewalt. Auch aufgrund von Verhexungen und durch andere Eingriffe in den Körper wie Abtreibungen und Beschneidung käme es oft zum Tode. Gefährdet seien, so Mlowe, außerdem Albinos, deren Knochen für die Zubereitung von Heilmitteln verwendet würden. Als relativ neue Entwicklung in Tansania sehe er Gewaltanwendungen zuweilen mit Todesfolge durch aufgebrauchte Menschenmengen („Mob Violence“) im Zusammenhang mit politischen Veranstaltungen. So habe es in diesem Jahr im Zusammenhang mit Nachwahlen in drei Distrikten Ausschreitungen gegeben, im April 2012 sei dabei ein Lokalpolitiker der Oppositionspartei CHADEMA mit Macheten umgebracht worden.

Mlowe ging auch auf die Probleme bei der Arbeit als Menschenrechtsaktivist ein und berichtete, dass alleine 2012 sechzehn Aktivisten verhaftet worden seien, darunter

auch die Leiterin des LHRC, Helen Kijo-Bisimba. Sie hatten den Streik der Ärztekammer Tansanias für bessere Arbeitsverhältnisse unterstützt.

Eine weitere bedenkliche Entwicklung sei die Situation der berichtstattenden Medien im Land. Pressefreiheit sei im Prinzip zwar gegeben, jedoch würden Informationen zum Beispiel durch monopolisierte Medienhäuser kontrolliert und würden so oft mit politischen Motiven gezielt veröffentlicht. Außerdem käme es immer wieder zu Einschüchterungsversuchen von Journalisten.

In Bezug auf den laufenden Verfassungsreformprozess in Tansania kritisierte Mlowe das Vorgehen der Verfassungskommission. Diese sei in ihrer Arbeit nicht neutral und versuche, die Bevölkerung bei den landesweiten Befragungen durch gezielte Fragen und Kritik an Standpunkten zu beeinflussen. Die Bürger seien überdies nicht ausreichend zum Thema informiert und die Zeit, die ihnen für Beiträge bereit gestellt werde, sei nicht ausreichend. Außerdem würden die Versammlungen in den Medien nicht genügend bedacht und im Ganzen müsste die Art und Weise der Arbeit der Kommission überdacht werden. Eine Mitarbeiterin des LHRC sei sogar in Schwierigkeiten geraten, als sie versuchte, Fotos einer Befragungsveranstaltung zu machen.

Das Recht auf Bildung und Gesundheit sei durch mangelnde Infrastruktur und Missmanagement nicht gewährleistet, die Qualität dieser ließe stark zu wünschen übrig. Allgemein seien Frauen und Kinder besonders von Verletzungen der Menschenrechte betroffen.

Gemeinsame Verantwortung von Staatsgewalt und Bürgern

Nachdem die Teilnehmer des Dialogs ausführlich über die aktuelle Situation der Menschenrechte in Tansania aufgeklärt worden waren, wurde Prof. Boniventure Rutinwa, Dekan der Rechtsfakultät der Universität Dar es Salaam eingeladen, seinen Vortrag zum Thema „Joint Responsibility of the Police and the citizens in maintaining peace“ zu halten. Gleich zu Beginn seiner Präsentation

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Dezember 2012

www.kas.de/tansania

erklärte er, um verstehen zu können, warum die Bevölkerung die Justiz immer wieder selbst in die Hand nehme, müsse man zunächst den Motiven für dieses Verhalten auf den Grund gehen. Er identifizierte sechs mögliche Ansätze. (1) Viele Bürger befürchteten schlicht, vor Gericht nicht fair behandelt zu werden. Da (2) außerdem etwa zweidrittel aller gewalttätigen Vorfälle sich infolge gefühlter politischer Ungerechtigkeit ereigneten, müssten die zuständigen Behörden die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen und auf sie reagieren. (3) Da die Polizei sich zuweilen zu lange im Hintergrund hielte, bevor sie eingreife, reagierten Bürger aus Frustration heftiger als unter normalen Umständen. (4) Mangelndes Vertrauen in die Polizei habe einen ähnlichen Effekt und (5) der übertrieben Gebrauch von Gewalt bei Aktionen der Gesetzeshüter verstärkte das Gefühl der Unsicherheit gegenüber der Polizei. (6) Grundbedürfnisse der Leute würden zu politischen Zwecken benutzt.

Er betonte, dass Bürger sich an Gesetze halten müssten, auch wenn sie sich ungerecht behandelt fühlten und es außerdem vermeiden, zu religiösen oder politischen Zwecken benutzt zu werden. Auch die Polizei müsse stets im Sinne des Gesetzes handeln und zusätzlich umgehend und eingehend auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Gewalt dürfe nur da angewandt werden, wo es absolut notwendig sei und zudem sollte die Polizei mehr Einsatz zeigen, wenn es um die friedliche Vermeidung von Gesetzesbrüchen ginge.

Auch die Gemeinschaft müsse sich mehr engagieren, um die aktuellen Entwicklungen aufzuhalten. So müsse zum Beispiel dringend etwas gegen die hohe Arbeitslosenquote der jungen Bevölkerung unternommen werden. Wenn Probleme sozioökonomischer Faktoren, die zu Gewaltausbrüchen führen könnten, nicht angegangen würden, warnte der Professor abschließend, sei der Frieden des Landes tatsächlich in großer Gefahr.

Korruption, Armut und soziale Stratifizierung als Ursachen für Gewalt

Im folgenden Teil hatten die Teilnehmer schließlich Gelegenheit, Fragen an die Vortragenden zu stellen oder das Gehörte zu kommentieren. Dieses Angebot wurde ausgiebig genutzt und so ergab sich eine äußerst ausgedehnte Diskussionsrunde. Es wurde festgestellt, dass die soziale Lücke sich weiter ausdehnte, die Armen also immer ärmer würden, während sich ein kleiner Teil der Bevölkerung auf ihre Kosten bereichere. Für die meisten Menschen sei, obwohl durch die Verfassung garantiert, daher eine Gleichheit vor dem Gesetz nicht gegeben, da die Kosten für eine rechtliche Vertretung nicht tragbar seien und gerichtliche Entscheidungen sich ohnehin oft durch Korruption steuern ließen. Regierungsvertretern und Anführern käme dieser Umstand aufgrund ihres Einflusses sehr entgegen.



Die Teilnehmer beteiligten sich rege an der Frage und Antwortrunde, hier Mathew Mwaimu, Richter am High Court.

Auch Ansätze zur Lösung der Probleme wurden erörtert. Alle Beteiligten müssten sich dafür einsetzen gezielt gegen soziale Stratifizierung anzugehen. Die Wirtschaft müsse umorganisiert und den Interessen und Bedürfnissen der breiten Bevölkerungsmasse angepasst werden. Staatsorgane würden bei Verstößen gegen das Gesetz oft lediglich versetzt statt zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Polizei müsse konsequent gegen solche Fälle vorgehen, um Disziplin herzustellen und auch um Wiederholungen der Verbrechen an anderer Stelle zu verhindern. Der nationale Geheimdienstes *Usalama wa Taifa* konzentriere sich momentan hauptsächlich darauf, Staatsorgane und politische Vertreter zu schützen, anstatt seine verfassungsmäßige Aufgabe für die Sicherheit der Bevölkerung und der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Dezember 2012

www.kas.de/tansania

nationalen Ressourcen zu sorgen, zu erfüllen. Im Bezug auf ihr Verhalten bei politischen Veranstaltungen müsse die Polizei und das Militär dringend daran erinnert werden, dass es nach dem *Political Parties Act* keine politische Seite ergreifen darf. Dies gelte im Übrigen auch für den Registrar politischer Parteien. Staatsdiener wie Polizei, Militär, Park-Ranger, Gefängniswärter etc. müssten Fortbildungen zum Thema Menschenrechte erhalten und ihre Wertschätzung menschlichen Lebens verstärkt werden.

Es müsse im Ganzen mehr Gewicht auf Bildung und Ausbildung allgemein und politische Bildung im Speziellen gelegt werden, um eine Eskalation von Gewalt, Verbrechen, Korruption, moralischen Verfall und Gesetzlosigkeit in Tansania aufzuhalten. Die Regierung solle dafür sorgen, dass die Bürger sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst seien, um diese nicht nur wahrnehmen sondern gegebenenfalls auch schützen zu können. Hierzu könnten Kampagnen beitragen, die durch Fernsehen und Medien verbreitet würden. Auch religiöse Anführer müssten sich in Zukunft mehr daran beteiligen, Frieden und Solidarität zu propagieren. Es wurde ein Treffen der religiösen Oberhäupter angeregt, um zum Wohle der nationalen Sicherheit Wege und Lösungen zur Erhaltung des friedlichen Nebeneinanders der Religionen zu finden. Ein weiterer Vorschlag war ein von TADIP veranstalteter Dialog der Polizei mit Vertretern der zivilen Bevölkerung, um Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse zu erörtern und Differenzen beizulegen.

Experten beziehen Stellung

Nach einer kurzen Erfrischungspause, die von den Teilnehmern zu weiterem regen Austausch genutzt wurde, wurde der letzte Teil des Maendeleo Dialogs eingeleitet: eine Expertendiskussionsrunde auf dem Panel. Moderiert wurde die Sitzung von Dr. Camillus Kassala, einem tansanischen Intellektuellen und früherem Dozenten am IMF. Als Experten waren Dr. Ayub Rioba, Dozent am Institut für Journalismus und Kommunikation der Universität Dar es Salaam, Husna Kiboko, Vertreterin des Women's Legal Aid

Centres und Shafi Adam Shafi, Autor und Historiker vertreten.

Als erster Sprecher betonte Dr. Rioba erneut die Rolle der Medien im Einsatz für Frieden und Toleranz. Sie sei verantwortlich für die Sammlung und Weitergabe von Nachrichten und Informationen. Auch müssten sie ihre Aufgabe, zur politischen Bildung der Bevölkerung beizutragen, ernst nehmen und die Bürger somit befähigen, an der öffentlichen Debatte mitzuwirken.

Adam Shafi schlug einen anderen Diskussionspfad ein. Er erklärte, wie der völlig unvorbereiteten tansanischen Bevölkerung das System der freien Marktwirtschaft auferlegt wurde und der damit einhergehende Wettbewerb soziale Klassen geschaffen hätte. Er forderte den Entwurf einer Art Masterplans mithilfe dessen sich Tansania zu einer echten Demokratie entwickeln könne.



Das Experten-Panel bei der Diskussion.
Im Vordergrund Adam Shafi, Schriftsteller und Historiker

Husna Kiboko konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf das Thema häusliche Gewalt und die Auswirkungen dieser für Frauen und Kinder. Frauen müssten mehr Raum in der Politik und in entscheidungstragenden Institutionen erhalten. Sie könnten durch ihre erzieherische Rolle einen entscheidenden Beitrag zu Frieden und Toleranz leisten.

Tansania ein failed state?

Im Anschluss war das Publikum gefragt, Beiträge zu leisten und den Diskutanten Fragen zu stellen. CHADEMA MP Tundu Lissu nutze die Gelegenheit für eine gewagte Behauptung: Tansania zeige Anzeichen für einen so genannten „failed state“. Diese

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Dezember 2012

www.kas.de/tansania

seien (1) der Einsatz von Gewalt seitens der Staatsorgane gegen unbewaffnete Bürger, (2) die Entwicklung hin zu einem Polizeistaat und (3) eine Kriminalisierung von Ausdrücken des Widerspruchs sowie (4) normaler ökonomischer Beziehungen. Außerdem (5) primitive Akkumulierung durch den Staat bei gleichzeitiger (6) Deregulierung des Wohlfahrtsstaats und einer Demobilisierung des Wohlfahrtssystems und daraus resultierend (7) Widerstand der Bevölkerung auf allen Ebenen. Lissu forderte in diesem Zusammenhang die Formung einer Organisation gegen den gescheiterten Staat.



Gruppenbild

Ergebnisse

Zusammenfassend konnten am Ende folgende Forderungen und Empfehlungen festgehalten werden

- i. Religiöse Gruppen sollten eine gemeinsame Vision für Tansania entwerfen
- ii. Massenmedien sollte zur Heranbildung gut informierter Bürger beitragen statt sich auf reines Erwirtschaften von Geldern zu konzentrieren; Eigentümer der Medien müssten ihre Performanz überdenken
- iii. Armut müsse als wichtigster Meilenstein für die Entwicklung in Richtung Frieden und nationale Stabilität mit allen Mitteln bekämpft und gelindert werden; hierzu müssten dringend Strategien entwickelt werden
- iv. Staatsstrukturen müssten umorganisiert und das momentan einseitige Wirtschaftssystem reformiert werden

- v. Politische Bildung müsse von den zuständigen Behörden stark gefördert werden, wobei ein Fokus auf die Bedeutung von Frieden in den Gemeinschaften gelegt werden müsse
- vi. Gewalt gegen Frauen finde oft innerhalb der Familie statt. Daher müsse das Problem auch auf Ebene der Familien und Haushalte angegangen werden
- vii. Strukturen der Polizeikräfte müssten mit einer Überarbeitung des Police Force Act und mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftspolitik reformiert werden
- viii. Öffentliche Behörden müssten sich gesetzestreu verhalten
- ix. Nationale Ethik und Werte, die von allen respektiert würden, müssten erneut etabliert werden
- x. Staatskräfte und Medienleute müssten durch rechtliches Wissen dazu befähigt werden, ihren Aufgaben gerecht zu werden

Zum Abschluss des 11. Maendeleo Dialogs wurde eine Arbeitsgruppe aus Freiwilligen zusammengesetzt, deren Aufgabe es nun sein wird, die Ergebnisse und Empfehlungen der Diskussionen zu ordnen, aufeinander abzustimmen und in einer Publikation zu veröffentlichen. Als Mitglieder dieser „Task Force“ meldeten sich Mitarbeiter von TADIP und KAS, Vertreter der Regierung, der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der religiösen Gemeinschaften, der Medien sowie Akademiker und politischer Parteien.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Tansania

Isimani Street/ Upanga
P.O. Box 6992
Dar es Salaam / Tansania

Telefon
+255 22 2153174
Email
Info.Tanzania@kas.de